

DIE AMEISE.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes,
Werden, als d' enendes Glied schliess' an 'in Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwandter Arbeiter beiderl. Gesch.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Woche je 1,50 Mark, Postzahlungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Voranzahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer rrentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin 80., Engelsteuf 15 A.

Nr. 40.

Berlin, den 4. Oktober 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Manil, Bergmannstr. 110), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Lillowitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Tripplis, Neudorf in Westfalen (Firma Gressel u. Co.), Begebad.

Der Vorstand.

„Das Ganze vorwärts“.

Die Berliner „Kreuzzeitung“ veröffentlichte kürzlich eine Korrespondenz aus Weimar folgenden Inhalts:

„Zwischen sämtlichen Regierungen Thüringens ist eine Vereinbarung getroffen worden, gegen die Sozialdemokratie in gleichmäßiger Weise vorzugehen. In diesem Zweck sind gewisse Prinzipien festgestellt, nach denen man verfahren will und die natürlich den Landesgesetzen der Einzelstaaten nicht widersprechen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das unlängst in Rudolstadt ergangene Verbot des Landesparteitages mit der in Rede stehenden Vereinbarung in inniger Verbindung steht.“

Ein Sozialistengesetz war einmal, alle Versuche, ein solches in dem deutschen Reich neu einzurichten, scheiterten; die Majorität im Parlament war sich der Mißerfolge bewußt, die ein solches Gesetz gegen den Drachen Sozialdemokratie, unfruchtbar zeitigt.

Man bezeichnete die thüringischen Kleinstaaten ironischer Weise früher als „Raubstaaten“ und wenn man die obige Notiz liest, so könnte man, wenn man auch selbst in einem solcher „Raubstaaten“ behelmatet ist, schließlich heute erst recht dieser spöttigen Bezeichnung seinen Beifall nicht versagen.

Denn man scheint jetzt dort aufs Ganze gehen zu wollen; durch einen solchen gleichmäßigen Frontangriff gegen die löse Sozialdemokratie verdienen die Draufgänger jedenfalls irgend ein Prädikat, was sie vor Anderen etwas auszeichnet, mag nun das an Tante oder Teilpols erinnernde Wort „Raubstaat“ nicht gerade das Zutreffende sein.

Schon mancher Frontangriff auf die Sozialdemokratie ist unternommen worden, immer mit bedrohlicher Aussicht. Wenn sich nun auch Thüringen, Sachsen, Preußen und

thüringischen Staaten zur Vernichtung der Sozialdemokratie beizutreten; dann gnade ihr Gott! Als schreibt zu nötiger Kreuzzeitungsnotiz satyrisch ein nichtsozialdemokratisches, vielmehr gut kaiserlich gesinntes Berliner Blatt.

In voriger Woche lagte in Lübeck der Parteitag der Sozialdemokratie, die Hoffnungen so manchen Feindes der „rothen Gesellschaft“ auf eine Spaltung derselben durch diese und jene notwendig gewordene Behandlung von Angelegenheiten, ist wieder einmal zerföhrt worden, die sozialdemokratische Partei bleibt nach wie vor in sich gefestigt und wird ihren vorgeschriebenen Weg weiter marschieren.

Deshalb hätten wir als Gewerkschaftler, auch wenn wir uns nebenbei zu der sozialdemokratischen Partei bekennen, durchaus keine Veranlassung, dieser politischen Partei in einem gewerkschaftlichen Blatte zu Hilfe zu kommen. Die Partei wird dem von den thüringischen Staaten geplanten „zielbewußten“ Angriff gegenüber schon gewappnet sein und an ihrem Schilde werden die Speere jener Anführer abprallen.

Die Attacke, die auf das als Ueberschrift dieses Artikels gewählte Signal unter dreimaligem Hurrah zu folgen hätte, sie wird, wenn sie wirklich zur Ausführung kommt, sicher tapfer abgeschlagen werden. Jedoch halten wir es am Plage, trotzdem mit einigen Sätzen auf die Sache einzugehen.

In den thüringischen Staaten haben wir bekanntlich einen größeren Prozentsatz der Mitglieder unserer Organisation domizilirt (allerdings könnten es, sofern die nötige Tafel bei den thüringischen Berufsgeoffenen vorhat den wäre, dreißig noch ein paar Mal mehr sein). Daß diese unsere thüringischen Mitglieder nun alle Sozialdemokraten sind, wagen wir nicht gerade zu behaupten, ein großer Theil aber wird sich sicher zu der rothen Fahne bekennen. Es ist dies im vorliegenden Falle, wenn auch nicht für uns, so doch aber im Allgemeinen gleichgültig, denn nach den gemachten Erfahrungen wirkt man nicht zum Wenigsten, gerade in den thüringischen — Staaten die sozialdemokratische politische Partei und die gewerkschaftliche Organisation seitens der Arbeiter sich zusammen in einem Kopf. Wer bei dem „Berliner“ Porzellanarbeiterverbande Mitglied ist, gilt eben als ein Sozialdemokrat. Es ist dieser Verband in den Augen der

Unternehmer und auch wohl auch in den der Behörden nichts anderes als ein „sozialdemokratischer Verband“.

Da Wort von dem „sozialdemokratischen Porzellanarbeiterverbande“ ist so gang und gäbe, bei jeder Gelegenheit wird damit herumgeworfen von den Unternehmern. In einer f. B. anhängig gemachten Strafsache wegen Abhaltens eines Vermögens (in Hermsdorf), wurde die dortige Zahlstelle bezw. der Verband von einer Behörde ausdrücklich als ein politischer Verein bezeichnet, die Gerichte vermochten sich allerdings nicht auf den Landrathsaamt-Standpunkt zu stellen. Wenn man einen Verein als politisch bezeichnet, muß er wohl auch eine bestimmte politische Richtung einnehmen, einer politischen Partei angehören, und welche andere wird in den Augen der Behörden bei solcher Gestalt als „politisch“ gestempelten Vereinen wohl in Frage kommen als die sozialdemokratische?

Wir glauben also durchaus nicht fehl zu gehen, wenn wir ohne Weiteres annehmen: der beabsichtigte Frontangriff gegen die Sozialdemokratie in den thüringischen Ländern, wird seine Wirkung auch auf die gewerkschaftlichen Organisationen ausüben, inwiefern man eben einen Unterschied so wenig als möglich darin zu machen beliebt.

So wenig nun ein Bekämpfung der Sozialdemokratie in den thüringischen Staaten (und wenn nun dreißig noch die beiden Lippe und Waldeck hin, ... a) die gewünschten Erfolge zeitigen wird, so hoffen wir, daß auch die Gewerkschaften, sofern sie bei dem Frontangriff mit „berücksichtigt“ werden, nicht etwa eine allzu große Schlappe erleiden möchten.

Aber immerhin wollen wir nicht unterlassen, unsere thüringischen organisierten Berufsgeoffenen zu ersuchen, etwas Vorsicht walten zu lassen und den Behörden die ihnen obliegende Position nicht in die Schußlinie zu bringen.

Unsere Vereinigung ist keine politische, sondern eine wirtschaftliche, nach dem Staat sind politische Fragen ausgeschlossen. Ingegeben, daß im heutigen öffentlichen Leben es eine Grenze schwer zu ziehen und zu finden ist, wo das politische anfängt und das wirtschaftliche aufhört, so sollte man aber doch angefangen haben, die eben erwähnten Vorgehensweisen auf eine gleiche Unterzeichnung zu be-

handelnden Fragen in den Zahlstellen-
versammlungen sehen.

In letzterer sollte man nur dasjenige be-
handeln, was mit der Berufsorganisation zu-
sammenhängt, was den Schutz und die För-
derung der Rechte und Interessen der Mit-
glieder in gewerblicher Beziehung anlangt.

So erfreulich es wäre, wenn alle unsere
Mitglieder, insbesondere die Verwaltungsmit-
glieder der Zahlstellen, politisch ebenfalls or-
ganisiert wären (und natürlich in der sozial-
demokratischen Partei), so unangenehm wäre
es, wenn durch Unachtsamkeit, besonders
der Verwaltungen, die beiden Richtungen
(politische und gewerkschaftliche) miteinander
verquittet würden und dadurch den Behörden
die Handhabe geboten wäre, etwa der Gewerk-
schaft Ungelegenheiten bereiten zu können.

Es giebt doch genug Gelegenheit, die poli-
tischen Fragen in lediglich politischen Ver-
sammlungen erledigen zu können, man be-
kümmerge sich überhaupt mehr um den Besuch
der Besten und auch für die gewerkschaftlichen
Versammlungen liegt gerade genug Stoff vor,
lediglich berufliche Angelegenheiten zu be-
handeln.

Es wird unserer Ansicht nach, wenn auch
nicht immer bewußt, so doch un-
bewußt nach dieser und jener Richtung hin gesündigt; so
gerne wir es z. B. sehen, daß unsere Mit-
glieder die politische Tagespresse, und zwar
die sozialdemokratische, lesen, ihr auch Berichte
gehen, so nimmt es doch jetzt überhand, daß
man dieser alles und sei es auch nur rein Ge-
werkschaftliches, zurügt, die eventuellen Folgen
hat natürlich die Gewerkschaft zu tragen, das
Gewerkschaftsorgan läßt man aber vollständig
leer ausgehen. Wenn das besonders in Thür-
ringen so weiter geht, so wäre für dort unsere
„Ameise“ bald ganz überflüssig; höchstens wäre
sie noch gut genug, bei Bedarf von Unter-
stützungsgeldern bewegliche Aufrufe und die
Quittungen über eingesandte Gelder zu bringen.
Und das, trotzdem eine Verwaltung der Zahl-
stelle, ja sogar Agitationskommissionen vorhanden
sind. Doch dies nur nebenbei. Hauptsächlich
wollen wir dort, wo die aufsichtsführende Be-
hörde besonders nervös in der Behandlung
der Vereinsüberwachung, der Versammlungen
und der darin zur Verhandlung kommenden
Themata ist, die Genossen zur Vorsicht mahnen.

Wollen die Berufsgenossen sich den Genuß
eines Vortrages verschaffen, den irgend ein
rother „Agitator und Hezer“ über ein Thema
hält, was wohl an sich wirtschaftlich zu nennen
ist, aber von politischen Brocken durchsetzt ist,
so dürfte es praktisch sein, eine öffentliche Ver-
sammlung zu veranstalten. Für Zahlstellen-
versammlungen ist unter allen Umständen die
Erörterung politischer Themata auszuschneiden,
„sozialdemokratischer“ um so genauer zu be-
zeichnen.

Wo natürlich die behördlichen Organe
tolerant genug sind und den Worten und Ge-
danken nicht eherne Bügel anlegen, dem Sage-
halbigend, daß jeder Deutsche das Recht hat,
seine Gedanken frei äußern zu können, was
da wird man eben auch weiter in gewohnter
Weise lauliren können.

Jedenfalls dürfte es im Hinblick auf die
in der Korrespondenz der „Kreuzzeitung“ an-
gedeutete Aktion der thüringischen — Staaten
für die gewerkschaftlich organisierten Porzellan-
arbeiter angezeigt sein, Augen und Ohren
offen zu halten, um bald herauszubekommen,
welcher Gestalt die „gewissen Prinzipien“ sind,
die das Hinfestreiben gegen die Sozialdemo-
kratie bezwecken.

Schnel Eure Pflicht, indem Ihr Eurer Ge-
werkschaft neue Mitglieder zuführt, damit die-
selbe in den Stand gesetzt wird, vollkommen
ihren Zweck, die Rechte und Interessen der

Berufsgenossen in gewerblicher Beziehung zu
fördern, nachkommen kann. Thut weiter Eure
Pflicht der politischen Organisation gegenüber,
die die Arbeiterschaft in den Parlamenten des
Reiches, der Einzelländer und Kommunen ver-
tritt. Wird das beides und zwar gesondert,
mit Interesse und Eifer gethan, so mag unter
sämmlichen Regierungen Thüringens eine
Vereinbarung getroffen sein, welcher Art die-
selbe auch sein mag, man wird Erfolge gegen
die Sozialdemokratie damit nicht haben, gegen
die Gewerkschaft, die selbstverständlich in der
Sozialdemokratie ihre natürliche Beschützerin
sieht, ebenfalls nicht.

Die Anteilnahme der Arbeiterinnen

an den Gewerkschaftsorganisationen ist im All-
gemeinen eine sehr flauere. Man sollte annehmen,
daß bei der von Jahr zu Jahr größer werdenden
Bedeutung, den die Einstellung der Arbeiter-
innen in das industrielle Getriebe verursacht,
daß damit auch das Bestreben der Arbeiterinnen
sich zum Schutze gegen allzu große Ausbeutungs-
gelüste der Unternehmer zusammenschließen,
mehr zum Ausdruck kommt. Es ist das nicht
der Fall und ganz besonders auch in der
Porzellanindustrie finden wir bei den Arbeiter-
innen leider eine Theilnahmslosigkeit der ge-
werkschaftlichen Organisation gegenüber, die
sich sicher noch einmal zum Schaden der Ar-
beiterinnen selbst rächen wird.

Von dem großen Heere Arbeiterinnen in
der Porzellanerei sind 1900 laut des Berichtes
der Generalkommission (siehe die beiden letzten
Nummern der „Ameise“) ganze 357 in un-
serem Verbandsorganisiert. Eine interessante
Zusammenstellung der überhaupt organisierten
Arbeiterinnen macht die „Gleichheit“, Zeit-
schrift für die Interessen der Arbeiter-
innen, in Nr. 19 und auch die sonstigen
Ausführungen des Blattes sind nicht allein für
unsere Arbeiterinnen, sondern auch für die
Arbeiter interessant und lehrreich, so daß wir
einen Theil des Artikels folgen lassen. Wenn
die Genossen es sich angelegen sein lassen
wollten, solche von berufener Seite gemachte
Ausführungen, den mit ihnen in den Fabriken
beschäftigten Arbeiterinnen zugänglich zu machen
und durch persönliche Agitation nachzuhelfen,
so würde der Erfolg gewiß nicht ausbleiben.

Nach der Einleitung schreibt die „Gleich-
heit“:

Nur 21 von den 58 zentralisierten Gewerk-
schaften weisen 1900 eine weibliche Mitglied-
schaft auf, und dies abgesehen mit verschwinden-
den Ausnahmen (Bildhauer, Dachdecker, Ma-
schinisten und Setzer, Seeleute) alle mit weib-
lichen Berufsangehörigen rechnen müssen. In
den 21 Verbänden waren zusammen 22 844
Arbeiterinnen organisiert. Die geringste Zahl
weiblicher Mitglieder finden wir im Verband
der Lagerhalter: 9, die größte im Textil-
arbeiterverband: 5254. Letzterer ist die einzige
Gewerkschaft, die eine weibliche Mitgliedschaft
von über 5000 zählt. Nur in fünf weiteren
Verbänden beträgt die Zahl der organisierten
Arbeiterinnen mehr als 1000, reicht aber noch
nicht nahe an 5000 heran. Es sind dies die
Verbände der Schuhmacher mit 1915, der
Metallarbeiter mit 2893, der Fabrik- und ge-
werblichen Hilfsarbeiter mit 2889, der Buch-
binder mit 3048 und der Tabakarbeiter mit
3922 weiblichen Mitgliedern. In einer Stärke
von über 500 sind die Arbeiterinnen in folgen-
den drei Zentralisationen vertreten: Buch-
druckerhilfsarbeiter 698, Holzarbeiter 720,
Schneider 758. Den drei Verbänden der
Handschuhmacher, Hutmacher und Porzellan-
arbeiter gehören 105, 111 und 357 weib-
liche Arbeiter an. Die übrigen gewerkschaft-
lich organisierten Arbeiterinnen vertheilen sich
auf die einzelnen Verbände wie folgt: Lager-

halter 9, Konditoren 15, Vergolder 28,
Sattler 31, Glasarbeiter 33, Tapezierer 37,
Masseure 46, Handlungsgehilfen und Zigarren-
fortirer je 80.

Schon diese Zahlen lassen sinnenfällig die
winzige Beteiligung der deutschen Arbeiterinnen
an der gewerkschaftlichen Organisation erkennen.
Jedoch noch plastischer tritt diese in Erscheinung,
wenn wir die Zahl der Arbeiterinnen der Zahl
der weiblichen Organisierten gegenüberstellen.
Nach der Gewerbezahlung von 1895 waren in
den 58 Berufen, welche für die Statistik der
Generalkommission in Betracht kamen, 825 796
Arbeiterinnen beschäftigt. Nur 22 844 davon
gehörten Verbänden an, das heißt 2,76 pCt.,
also vom Hundert noch nicht drei. Von den
männlichen Berufsangehörigen entfielen da-
gegen auf Hundert fast 18 Organisierte, nämlich
17,88 pCt. Die stärkste Verhältniszahl organi-
sierter Arbeiterinnen weist das Buchbinderge-
werbe mit 22,50 pCt. von 13 535 weiblichen
Berufsangehörigen auf. Ihm reiht sich die
Schuhindustrie an, von deren 9431 Arbeiter-
innen 20,31 pCt. organisiert sind, 12,15 pCt.
der 5747 Buchdruckerhilfsarbeiterinnen (nach
der Berufszählung) gehören ihrem Verband
an. Den Metallarbeitern ist es gelungen, ihrer
Zentralisation 11,37 pCt. ihrer 23 684 Kolle-
ginnen anzuschließen; 6,65 pCt. der 1579 Hand-
schuhmacherinnen sind organisiert, 6,62 pCt. der
10 961 Holzarbeiterinnen und 6,58 pCt. der
60 757 Tabakarbeiterinnen; der Verband der
Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter um-
schließt 4,97 pCt. der in Betracht kommenden
58 154 Arbeiterinnen u. Ungemein beklagens-
werth ist der ganz niedrige Satz der organi-
sierten Arbeiterinnen in zwei Industrien, in
welchem die Frauenarbeit in ausgedehntestem
Maße vertreten ist. Von den 280 446 Textil-
arbeiterinnen gehören nur 1,16 pCt., von den
63 220 Schneiderinnen, Näherinnen u. nur
1,19 pCt. ihrem Verband an. Immerhin sind
die Arbeiterinnen der Buchbinderereien, Buch-
druckerereien, der Schuh- und der Metallindustrie
in einem höheren Prozentsatz organisiert, als
die Arbeiter in manchen anderen (10) Berufen.
Die Buchdruckerhilfsarbeiterinnen kommen
mit ihrem Prozentsatz der Organisierten —
12,15 pCt. — dem ihrer Kollegen von 16,64
Prozent recht nahe, und die Schuharbeiterinnen
stellen dem Verband verhältnismäßig mehr
Mitglieder, als die Schuhmacher, von denen
nur 18,27 pCt. der Zentralisation angehören.

Im Allgemeinen weisen die vorstehenden
Ziffern eine noch durchaus ungenügende Ent-
wicklung der deutschen Arbeiterinnenorganisation
aus. Trotz Allem melden sie aber auch vor
einem kleinen Fortschritt derselben. Die Zahl
der Verbände, in denen Arbeiterinnen organisiert
sind, hat sich 1900 um zwei vermehrt. Die
Tapezierer gewannen 37 weibliche Mitglieder,
und der neugegründete Verband der Masseure
setzte mit 46 organisierten Kolleginnen ein. Um
8564 — von 19 280 auf 22 844 — ist seit
1899 die Zahl der weiblichen Verbandsmit-
glieder gestiegen. Diese Zunahme bleibt nicht
unbedeutlich hinter der des Jahres 1899
zurück. In demselben hatten die Gewerk-
schaften ein Mehr von 5799 weiblichen Mit-
gliedern zu verzeichnen, den stärksten Zuwachs,
den sie je gehabt. Allein 1899 stand das Ge-
werkschaftsleben im Reichen des voll entfalteten
wirtschaftlichen Aufschwunges. Kräftige Lohn-
bewegungen der Metall-, Textil-, Holzarbeiter
u. s. w. führten den Organisationen zahlreiche
weibliche Mitglieder zu. Im letzten Jahre
trat dagegen in einzelnen Industrien bereits
die Krise auf. Da muß es als ein erfreuliches
Zeichen des Umkehrnehmens und der Befestigung
des gewerkschaftlichen Gedankens unter den
Arbeiterinnen begrüßt werden, daß 15 der 19
Organisationen, welche schon 1899 weibliche

Mitglieder umschlossen, einen Zuwachs an solchen von insgesamt 4135 berichten können, und daß nur vier Verbände einen Rückgang an organisierten Arbeiterinnen von 654 aufwies. Bezeichnend und erklärlich genug trägt der Verband der Textilarbeiter mit 578 den Löwenanteil an der besauerlichen Abnahme weiblicher Mitglieder. In der Textilindustrie machte sich im letzten Jahre die Krise besonders fühlbar, und die Organisation erfuhr dementsprechend auch einen Verlust an männlichen Mitgliedern. Die Glasarbeiter büßten 61, die Handschuhmacher 11 und die Buchdruckerhilfsarbeiter 4 organisierte Arbeiterinnen ein.

Was den Gewinn an weiblichen Mitgliedern anbelangt, so marschirt der Buchbinderverband an erster Stelle. Er hat ihre Zahl nahezu verdoppelt, den 1581 im Vorjahre organisierten Arbeiterinnen 1465 neue hinzugefügt. Der energische Kampf für Einführung fester Tariffäge im Buchbindergewerbe hat sehr viel zu dem stattlichen Fortschritt beigetragen. Eine nennenswerthe Zunahme an weiblichen Mitgliedern hatten noch die Schuhmacher mit 690, die Metallarbeiter mit 491, die Tabakarbeiter mit 422 — wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die für 1899 angegebene weibliche Mitgliedschaft auf Schätzung beruhte —, die Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter mit 390, die Schneider mit 276, die Holzarbeiter mit 205 zc. Auf die übrigen betreffenden Zentralisationen entfällt ein Mehr an weiblichen Mitgliedern, das von 4 (Lagerhalter) bis 93 (Porzellanarbeiter) geht. Besonders erfreulich dünkt was die Zunahme organisierter Arbeiterinnen in den Verbänden der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter und der Porzellanarbeiter, weil beide 1899 einen ansehnlichen Verlust an weiblichen Mitgliedern um 572, bzw. 155 erfahren hatten. In welchem Maße sich das Verhältnis der organisierten Arbeiterinnen zu den weiblichen Berufsthätigen in den einzelnen Berufen verschoben hat, kann auf Grund der vorliegenden Ziffern nicht ohne Weiteres verglichen werden. Die Berechnung der Zahl der weiblichen Berufsangehörigen ist 1899 auf Grund der Berufszählung, im letzten Jahre aber auf Grund der Gewerbezahlung von 1895 erfolgt. Die Zahl der Buchbinderinnen, Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiterinnen, Porzellan-, Schuh-, Tabak-, Textilarbeiterinnen zc. ist in der Folge eine höhere, als 1899 berechnet worden, die der Handschuhmacherinnen, Metall-, Glas-, Holzarbeiterinnen, Vergolderinnen zc. eine niedrigere. Dieser Umstand darf bei Vergleichen des Prozentsatzes der organisierten Arbeiterinnen in den einzelnen Berufen nicht außer Acht gelassen werden, da er hier und da das Resultat in etwas günstigerem oder ungünstigerem Richte erscheinen läßt. Dagegen ist er für das Gesamtverhältnis der organisierten Arbeiterinnen zur Zahl der weiblichen Berufsangehörigen herzlich belanglos. Daffir man die diesbezügliche Berechnung wie 1899 auf die Ergebnisse der 1895er Berufszählung, so sind statt 2,76 pCt. reichlich 2,78 pCt. der Arbeiterinnen organisiert. 1899 umfaßten die Verbände 2,35 pCt. der weiblichen Berufsangehörigen. Der Zunahme der weiblichen Organisierten im Berichtsjahr um noch nicht 1/2 pCt. steht bei den Männern ein Plus an Gewerkschaftlern um mehr als 4 pCt. gegenüber (7,56 gegen 17,88 pCt.).

Es ist nicht nur die Jugend der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisationen in Deutschland, die uns in den vorgelegten Ziffern entgegentritt. Es sind vor Allem auch die sehr großen, besonderen Schwierigkeiten, welche den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterinnen hemmen. Schwierigkeiten, die theils bedingt werden durch die rückständige

persönliche Entwicklung der Arbeiterin und ihre Sonderaufgaben als Frau und den dadurch gegebenen Doppelpreis an Pflichten; theils durch die falsche Bewertung der Gewerkschaft als eines Durchgangsstadiums vor der Ehe; durch das hohe Maß der kapitalistischen Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft; die Isolierung breiter Arbeiterinnenschichten in der Heimarbeit zc. Wir haben seiner Zeit diese Schwierigkeiten ausführlich erörtert. („Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen“, Nr. 18, 19, 22 und 24 der „Gleichheit“ 1898.) Mit ihnen müssen die Bestrebungen zur gewerkschaftlichen Gruppierung der Arbeiterinnen in allen Ländern rechnen. In Deutschland aber gesellte sich ihnen all die Jahre noch ein besonderes Hinderniß hinzu, daß auch jetzt keineswegs völlig beseitigt ist: die reaktionäre Vereins- und Versammlungsgefeßgebung vieler Bundesstaaten. Wir verweisen nur darauf, wie bedeutend Polizeischneidigkeit im vergangenen und diesem Jahre die Organisation der Schuharbeiterinnen, Schweißerinnen, Näherinnen zc. in Polen erschwert hat.

Wenn wir neuerlich an die Hemmnisse erinnern, mit denen die Gewerkschafter bei der Organisation der Arbeiterinnen rechnen müssen, so wahrlich nicht, um hier Pause und Flane zu entschuldigen. Vielmehr um zur höchsten Kraftentfaltung anzuspornen. Genaue Kenntnis der Schwierigkeiten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, ist der erste Schritt zu ihrer Ueberwindung. Und genaues Bewußtsein der Schwere unserer Arbeit herzu vor Enttäuschungen und macht zum Einsetzen der erforderlichen ganzen Kraft.

Mit ganzer Kraft dem uns Wert, um die Massen der Arbeiterinnen organisationsfähig zu machen! Deshalb: Kampf für volles Vereins- und Versammlungsrecht beider Geschlechter; für Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und mögliche Einschränkung und Sanction der Heimarbeit; für bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Entlohnung und kürzere Arbeitszeit der erwerbsthätigen Frauen und Mädchen; für Entlastung der Proletarierinnen von wirtschaftlichen Bürden des Haushaltes.

Mit ganzer Kraft ans Werk, um immer größere Kreise der deutschen Arbeiterinnen den Gewerkschaften zuzuführen und sie innerhalb derselben zu einsichtigen, überzeugten Gewerkschaftlerinnen heranzubilden. Deshalb: Agitation und nochmals Agitation unter den Arbeiterinnen, und agitatorische, organisatorische Kleinarbeit unter ihnen und nochmals diese Kleinarbeit! Agitation und Kleinarbeit, aber in nie erlahmender Geduld, Treue und Opferfreudigkeit. Die Vorstände vieler großer Gewerkschaften, allen voran in rühmlichstem Eifer die Generalkommission, lassen es nicht an ernstlichen Bemühungen und großen Opfern fehlen, die Arbeiterinnen gewerkschaftlich zusammenzuschließen. An jeder Zweigorganisation liegt es, diese Bemühungen nachdrücklich zu unterstützen durch gewissenhafte Vorbereitung jeder geplanten Agitation; durch sorgsame Pflege der Klein- und Alltagsarbeit unter den Arbeiterinnen, insbesondere auch durch Werkstube-agitation unter Mitwirkung gewerkschaftlich geschulter Frauen; durch Organisation der weiblichen Mitglieder zu Vertrauensposten; durch Einrichtungen, welche einen festeren persönlichen Zusammenhang zwischen der einzelnen Arbeiterin und der Gewerkschaft schaffen. An jedem einzelnen Gewerkschafter, mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu fördern. Nothwendige, Abel verpflichtet, Gewerkschafter sein will und verpflichtet. Es verbindet jeden Einzelnen zur regsten Agitation unter den Schwesern wie

Brütern der Frohn, es verbindet zu einer würdigen und kameradschaftlichen Führung gegen dieselben. Je mehr die Arbeiterin in dem organisierten Arbeiter den gebildeteren und charaktervolleren Arbeiter schätzen lernt, der ihr in brüderlicher Achtung und Hilfsbereitschaft zur Seite steht, um so eher, um so fester schließt sie sich der Organisation an. An den Genossinnen ist es schließlich, überall mit allen Mitteln und voller Seele für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu wirken. Nicht Allen, die mit zehrender Inbrunst die Befreiung des Proletariats aus den Ketten der Lohnsklaverei herbeisehnen, ist es gegeben, auf politischem Blachfelde für ihre Ideale zu sechten. Nicht Allen auch ist es gegeben, die gewerkschaftliche Agitation großen Stills mit trogen zu helfen, mit zähebenden Worten Hunderte, Tausende zum bewußten Leben ihrer Klasse zu erwecken, mit neuem Muthe, höherer Begeisterung zu befeelen. Aber Allen, die klarer Erkenntniß und guten Willens sind, eröffnet die gewerkschaftliche Klein- und Alltagsarbeit ein schier unbegrenztes Feld segensreichsten Wirkens. Hier kann sich auch die kleinere Kraft mit dem größten Nutzen betätigen, das noch schwächere Weib hervorragen und entwickeln, die Lehrende lernen und zur Bewältigung größerer Aufgaben heranzureifen. Hier steht ein Thätigkeitsgebiet offen, das dem mütterlichen Blick in der Familie verwarbt ist und doch zur Entfaltung des höchsten Gemeinbundes treibt. Und wo weibliches Wirken auf diesem Gebiete in der Stille schafft, das kann sich an Werth und Bedeutung getrost neben die Leistungen in der Öffentlichkeit stellen, die jubelnder Beifall umbraust. Nicht die müde Verdroffenheit enttäuschter Hoffnungen darf aus dem Bericht der Generalkommission in die Seelen der Genossinnen schleichen. Vielmehr müssen sie aus ihm die eindringliche Mahnung entnehmen: Kämpft für die bessere Organisationsfähigkeit der Arbeiterinnenmassen, pflegt und fördert treu Agitation und Kleinarbeit unter den Arbeiterinnen. Mehr Leistungen, bessere Leistungen in jeder Hinsicht sei ihre Lösung.

Aus unserm Berufe.

— Von Stadtkönigsfeld ist diesmal weiter nichts zu berichten, als daß dort eben Verbandsmitglieder gelehrt sind. Von dem Direktor Herrn G. Grimm haben wir allerdings ein Schreiben erhalten und werden wir in nächster Nummer darauf zurückkommen.

— Die Kritik bestehender Uebelstände in den Arbeitsstellen, sei es über unzulänglichen Verdienst oder Einrichtungen, überlanger Arbeitszeit, sanitätswidriger Zustände zc., ist gewiß in einem Verbandsorgan nicht von der Hand zu weisen, ja geradezu zu empfehlen.

Jedoch wird da öfter die Sache von der falschen Seite angepackt.

Am korrektesten dürfte es sein, wenn die am Orte bestehende Organisation, die Zahlstelle sich mit derartigen Kritiken in den Versammlungen beschäftigt. Durch persönliche Aussprache untereinander würden sich am ehesten die Mittel und Wege finden lassen, die mit Hilfe der nothwendigen Einigkeit, vielleicht eine Abstellung von bedrückenden Uebelständen durchführen können. Auf alle Fälle sollten also jene Mitglieder, die Uebelstände im Geschäft durch Augenzeugen kennen gelernt haben und die den Muth besitzen, dagegen etwas zu unternehmen, zunächst der Zahlstellenverwaltung Mittheilung machen, diese veranlassen, auf die nächste Tagesordnung die Diskussion über die betreffenden Punkte zu setzen. Oft wird es noch nicht die Diskussion dahin kommen, daß

eine Person oder eine Kommission beauftragt wird, bei dem Unternehmer vorzusprechen und auf die Abschaffung der kritisierten Uebelstände zu dringen. In Form eines Versammlungsberichtes könnte schon auf die aus der Diskussion hervorgegangenen Thatsachen bezüglich der Uebelstände öffentlich verwiesen werden und wenn schließlich die Unternehmer berechtigtem Verlangen der Arbeiter gegenüber sich nicht willig verhalten, dann wäre immer noch Zeit unter obiger Rubrik, unsererseits die Angelegenheit unter die Lupe zu nehmen.

Würde die Verwaltung sich gegen eine Behandlung der gerügten Arbeitsverhältnisse in der Zahlstellenversammlung sträuben oder sonst Elemente sich breit machen, die durch Lobtschwelgen derselben sich augenblicklich Wortstille schaffen wollen, so wäre es allerdings nicht von der Hand zu weisen, wenn ein Mitglied selbstständig, natürlich strengstens wahrheitsgetreu und beweiskräftig, seine Erfahrungen zwecks Veröffentlichung und Kritik uns übermittelt. Die Angabe der Mitgliedsnummer ist unerlässlich, die Beifügung des Stempels oder die Unterschrift der Zahlstellenverwaltung muß bei derselben nachgeliegt, wenn sie dieselbe verweigert, dies uns mitgeteilt werden.

Es wird in den meisten Fällen anders verfahren. So lange eben ein Mitglied in irgend einem Geschäfte arbeitet, in welchem Uebelstände vorhanden sind, deren Abschaffung eine dringende Nothwendigkeit ist, da hält er mit den anderen meistens den Mund und murrt unter den mißlichen Verhältnissen weiter, betritt nicht den oben angebeuteten Weg. Schließlich kommt es aber aus irgend einer Ursache zur Entlassung des Betreffenden, an die Zahlstellenversammlungen denkt er gar nicht, hat sie schließlich nie besucht, nachdem er nun in irgend einem anderen Geschäfte untergekommen ist, fühlt er das Bedürfniß, nun mal ordentlich gegen die Uebelstände, unter denen er in dem vorigen Geschäft zu leiden hatte, in der „Amesse“ loszugehen oder uns mit diesem Anliegen zu beauftragen.

Gewiß, unser Organ ist ja dafür da, um in die Mißstände innerhalb unseres Berufes hineinzuleuchten; viel zu wenig wird sogar dies beachtet, das sehen wir wieder einmal an den Resultaten unseres Ersuchens, uns recht bald, jedenfalls nicht erst, wenn Lichtarbeit nicht mehr getrieben wird, über die Art derselben und ob die Beleuchtung bezahlt wird oder nicht, zu berichten.

Ist jedoch ein solches Lamentiren nachträglich, wenn man von dem zu kritisirenden Arbeitsplatz weg ist, richtig? Wird dadurch viel erreicht? Wir glauben nicht, es sei denn, daß die betreffende Zahlstelle uns schließlich noch Vorwürfe macht, daß wir über ihren Kopf hinweg Veröffentlichungen machen und so wir mit dieser in die Haare kommen.

Es wird allerdings auch vorkommen, daß die betreffenden Kollegen, die unter Mißständen weiter arbeiten, es ganz gerne sehen, wenn einer, der abgeht, nun einmal einen Ton losläßt, weil man selbst dazu nicht die Courage hat und die Finger gerne davon läßt.

Im vorliegenden Falle, wo ein Kollege Arbeitsverhältnisse in ziemlich drastischer Weise bespricht, wird das aber nicht zutreffen. Es ist da nämlich die Rede von der Donath'schen Fabrik (Schleissche) in Tiefenfurt.

Die Tiefenfurter Kollegen haben schon öfter nicht nur den Muth bewiesen, Front gegen sie bedrückende Uebelstände zu machen, sondern haben auch durch korrektes Benehmen der Geschäftsleitung gegenüber damit Erfolge erzielt. Möglich, daß der berichtende Kollege die Versammlungen in Tiefenfurt auch nicht besucht hat, oder aber doch, warum hat er sich nicht beschwerten, die ihn jetzt, nachdem er von

dort fort ist, bedrücken, vor dem geeigneten Forum der Zahlstelle vorgebracht?

Er klagt, daß dort in der „Schleisschen“ Deute eingestellt würden, trotzdem die übrigen nicht voll beschäftigt werden könnten, weil Geschirmangel vorläge, und die „Eintheilung“ des Obermalers eine nicht richtige sei. Bretter zum Wegsetzen der fertig bemalten Gegenstände müsse man sich erst in der Schmelze holen, was oft lange Zeit in Anspruch nehme, der Verdienst sei niedrig, Vorschüsse spielten eine Rolle, eine versprochene Zulage von 2 Pf. pro Dugend auf Ansichtssachen sei nicht eingetreten, die Behandlung durch den Obermaler sei nicht diejenige, auf die ein Arbeiter Anspruch habe, kurz, alles Sachen, die am Besten in der Zahlstellenversammlung besprochen werden können und gegen die wohl ganz gut, durch geeignete Vorstellungen bei der Direktion vielleicht Abhilfe zu schaffen wäre. Man braucht da ja nicht gleich an Streit zu denken. Wenn der Kollege, der uns obige Mittheilungen über die bei Donath nach seiner Ansicht bestehenden Uebelstände gemacht hat, auch vielleicht die besten Absichten verfolgt, besser wäre es doch wohl gewesen, wenn er an Ort und Stelle dort versucht hätte, mit den übrigen Kollegen eine Aenderung zu erstreben. Vielleicht nimmt er Veranlassung, für die Zukunft dies zu beherzigen.

— In Krummenau bei der Firma Mannl soll nach einer eingegangenen Mittheilung das, was man einen „Taubenschlag“ nennt, in dortiger Malerei sein. 40—50 Maler seien in diesem Sommer dort gewesen, nach sehr kurzer Zeit hätten sie ihr Köpzel wieder schnüren müssen, weil sie ihr Kostgeld bei 10stündiger Arbeit nicht hätten verdienen können.

Die meistens Unorganisirten würden von früh bis Abends 10—1/2 Uhr arbeiten, um draus kommen zu können, der Verdienst sei in dieser langen Arbeitszeit aber doch nur ein geringer. Die Behandlung der Arbeiter durch den Herrn Schwiegersohn sei eine unfeine.

Ja, du lieber Himmel, Krummenau sollte aber doch wohl schon genügend bekannt unter den Kollegen sein und es ist trotz der allgemeinen Geschäftsflaute zu verwundern, daß sich dahin immer noch so viel verlaufen. Wenigstens haben wir u. S. diese Fabrik schon oft genug einer Beleuchtung im Organ für werth gehalten. Wie wäre es, wenn sich die Agitationskommission des Bezirkes, zu dem dieser idyllische Ort gehört, etwanig ernstlich bemühte, dort das Bewußtsein bei den Unorganisirten zu schaffen, daß es in ihrem Interesse liege, der Organisation anzugehören um bessere Zustände zu schaffen?

— Arzberg, ein Ort im schönen Bayersland, hat sich die Porzellanerei sehr ausgebeutet. Von dort wird über grenzenlose Grausamkeit und Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber geklagt. Wir verstehen den Schmerzschrei eines Genossen darüber, wir merken es jeden Donnerstag beim Expediren unserer „Amesse“ doch nur zu gut, daß dort immer weniger Mitglieder werden, so daß wir, wenn es so weiter geht, die Exemplare nicht im Paket, sondern nur in gewöhnlichen Streifen zu verpacken brauchen. Die Verwaltungsmitglieder wollen, wohl in Folge dieser Gleichgültigkeit, ihre Funktionen niederlegen.

Hand in Hand mit dieser Gleichgültigkeit geht natürlich das Bestreben des Unternehmers das Einkommen des Arbeiters, der so wenig auf seine Reputation als Massenbewahrer Steuerzahler oder Staatsbürger hält, zu schmälern.

Es soll in der Fabrik Lehmann den Malern bei dem und jenem Mittel Reduzirungen angekündigt worden sein, ja, man soll schon

für reduzirte Preise arbeiten. Der Genosse, der uns über dortige Verhältnisse freundlich einiges mittheilt, kommt aber weiter zu eigenthümlichen Schlüssen. Herr Lehmann sei Bürgermeister von Arzberg und über ihn als solchen wäre nicht zu klagen. Als er gewählt worden sei, habe es einige Tass Freibier gegeben, man hätte ihn hoch leben lassen; keiner hätte aber daran gedacht, daß es einmal bei Einberufung einer Versammlung Schwierigkeiten geben würde. Da benötige es eines Einberufers, es müßte einer unterschreiben und das würde keiner wagen, würde er dann doch „fliegen“. Nun, wir meinen, das wäre doch erst abzuwarten, ein Bürgermeister, der als solcher Achtung genießt, wird sich diese Achtung in seiner Eigenschaft als Porzellanfabrikant nicht verkürzen. Und man kann doch auch in der Zahlstellenversammlung, zu der es keines besonderen Einberufers bedarf, die Vorbereitungen zur Agitation treffen.

Was bei den Malern bezüglich Reduzirung der Preise als Thatsache hingestellt wird, soll bei den Druckern, Gläsern, Drehern nur eine Frage der Zeit sein, da scheint vorläufig das Geschäft noch günstig zu gehen. Alles in Allem würde es also für die Genossen in Arzberg insgesammt nothwendig sein, sich doch einmal die Frage vorzulegen, auf welchem Standpunkt sie anlangen werden, wenn die Gleichgültigkeit der Gewerkschaft und deren Bestrebungen gegenüber so weiter geht wie bisher?

Nur so weiter und die Unternehmer können sich ins Häutchen lachen ob der Gleichgültigkeit ihrer Arbeiter ihrem eigenen Interesse gegenüber. Es sollte uns besonders Freude bereiten, wenn derselbe Genosse, der uns Stoff zu Vorstehendem gegeben hat, oder noch besser die Verwaltung uns nach der nächsten Versammlung einen Bericht für die „Amesse“ schicken würde, aus dem hervorgeht, daß die Arzberger Porzellaner alle in der Versammlung waren und zu erkennen gegeben haben, daß sie Massenbewachte Arbeiter sein und bleiben wollen. Wir kommen ihnen in diesem Sinne mit einem kräftigen „Prosit“ entgegen.

— An alle im Porzellan-, Glas- und Kunst-Gewerbe beschäftigten Maler Berlins. Hiermit machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der Versammlung vom 10. August wieder eine Erhebung über die am Ort bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse eventuell vom 1. Juli bis 1. Oktober stattfindet. Um genaue Angaben zu bekommen, ist es nöthig, daß man sich unbedingt besser betheiltigt, wie das letzte Mal, um so mehr, da es für einen organisirten Kollegen überhaupt Pflicht ist, die erhaltenen Fragebogen abzuliefern, zuviel verlangt ist es wohl auf keinen Fall.

Die Lohnkommission ist der Ansicht, daß sich diese Fragebogen noch viel weiter ausgestalten lassen, dieses ist aber nur möglich, wenn sie von den Kollegen so viel wie nöthig unterstützt wird.

Es wird ersucht, die Fragebogen bis 5. Oktober an August Rey, Waldemarstraße 65 a, 2. Hof II ausgefüllt zurückzugeben oder in der denselben Tag stattfindenden Versammlung abzugeben. Wir hoffen, daß im Interesse der Sache, diese Zellen ihren Zweck nicht verfehlen.

Die Lohnkommission.
— Zur Lichtgeldfrage und unserem in Nr. 86 der „Amesse“ geäußerten Ersuchen haben die Berufsgenossen bisher, mit Ausnahme der in voriger Nummer darüber enthaltenen Mittheilungen, von Altwater und Meißner sich still verhalten. Da das nun Gleichgültigkeit gegenüber der „brennenden Frage“ oder Gleichgültigkeit und Ignoranz gegen

über unserer Anregung ist, nun, wir werden uns damit abzufinden wissen. — Trotzdem wollen wir die Stellungnahme des Organs der österreichischen Berufsge nossen „Die Solidarität“ unseren Lesern nicht vorenthalten. In Anknüpfung an unsere Ausführungen in Nr. 36 schreibt sie:

„Da nun diese gegenwärtig wieder aktuell gewordene Frage auch für die österreichischen Porzellanarbeiter von ziemlich weitgehendem Interesse ist, wollen wir es keineswegs bei dem gewiß sehr zutreffenden Rechtsstandpunkt, den die deutschen Behörden einnehmen, bewenden lassen. Die Frage ist für uns vielmehr die: Kann der Arbeiter nach österreichischem Rechte verhalten werden, für die Beleuchtung des Arbeitsplatzes selbst und aus eigenen Mitteln aufzukommen?“

Zunächst wollen wir von vornweg konstatieren, daß eine diesbezügliche Entscheidung der Gewerbebehörden unserer Wissens nicht existiert, was wohl der deutlichste Beweis dafür ist, daß man in den Kreisen der Porzellanarbeiter bisher an der Selbstbeschaffung der Beleuchtungsmittel keinen Anstoß fand, ja, dieselbe vielmehr als etwas Selbstverständliches hinzunehmen gewohnt war. Daß die Sache aber keineswegs etwas Selbstverständliches ist, soll im Nachfolgenden klargestellt werden:

Die österreichische Gewerbeordnung schreibt sowohl dem Arbeitnehmer, als auch dem Arbeitgeber die Pflichten, die im Arbeitsvertrag eingehalten werden müssen, vor. So weit diese Bestimmungen auf den Arbeitgeber Bezug haben, gilt zunächst der § 74, der im dritten Absatz sagt: „Auch gehört zu den Obliegenheiten des Gewerbesinhabers, die Vorsorge zu treffen, daß die Arbeitsräume während der ganzen Arbeitszeit nach Maßgabe des Gewerbes möglichst licht, rein und staubfrei erhalten werden u. s. w.“ Hier werden also in einer allen Zweifel ausschließenden Form die Pflichten aufgezählt, die den Gewerbesinhabern vom Gesetzgeber auferlegt werden. In einer Darstellung, die eine gegenbezügliche Interpretation nicht zuläßt, wird der Pflichtenkreis des Gewerbesinhabers sowohl auf die Rein-, als auch auf Lichterhaltung der Arbeitslokale ausgedehnt, und zwar wie der § 74 wörtlich sagt, „während der ganzen Dauer der Arbeitszeit“. Fällt nun die Dauer der Arbeitszeit in jene Stunden des Tages, wo die natürliche Tageshelle versagt, so ist es eine selbstverständliche, sich aus dem klaren Wortlaut der bezüglichen Gesetzesstelle mit logischer Notwendigkeit ergebende Folgerung, daß die Pflicht zur Lichterhaltung des Arbeitsraumes einzig und allein den Gewerbesinhaber trifft. Daraus folgt nun, daß dort, wo bereits Gas- oder elektrische Beleuchtung der Anlagen besteht, Abzüge für das Licht dem Arbeiter auf keinen Fall gemacht werden dürfen. Geschieht es dennoch, so ist es ebenso ungesetzlich wie die dem Arbeiter auferlegte Pflicht, sich Lampen und Petroleum selbst zu kaufen. Wir meinen also, die Abschaffung dieses Uebelstandes, der den Porzellanarbeitern während der Wintermonate manchen Kreuzer von dem knappen Lohn kostet, kann auf sehr einfache und leichte Weise beseitigt werden, wenn sich die Berufskollegen in den einzelnen Werkstätten, wo eben diese kleinen „Kantestücken“ von den Fabrikanten durch Jahre her ausgeübt wurden, zusammenschließen und sich entschieden weigern, für die Beleuchtung, in welcher Form immer, für weiterhin aufzukommen. Eine Klage bei den Gewerbebehörden könnte unseres Erachtens keine andere Entscheidung zeitigen als wie sie der von uns auf Grund der Gewerbeordnung dargelegten Auffassung entspricht.“

— Der vierte Delegiertentag der

Union. (Schluß). Die „Solidarität“ berichtet weiter über dessen Verhandlungen:

III.

Die Angestellten der Union werden verhalten, die Versammlungen der Wiener Gruppen zu besuchen und mit ihnen im Kontakt zu bleiben.

Der Unionstag erkennt die Notwendigkeit der Anstellung von Vertrauensmännern in Prag, Pilsen und Krásna an.

Da jedoch eine Durchführung von Neuanstellungen bei dem gegenwärtigen Stand der Finanzen nicht möglich ist, beschließt der Unionstag:

„Es ist vorläufig ein tschechischer Vertrauensmann in Prag zu wählen, welcher gleichzeitig den beruflichen Teil des tschechischen Fachblattes zu redigieren hat. Diesen Vertrauensmann wird eine Subvention von 80 Kr. monatlich zugesprochen.“

Bei Anstellung von Vertrauensmännern tschechischer Unionsbeamten ist das Einverständnis der betreffenden Distrikte notwendig.“

Ueber den nunmehr folgenden Punkt: „Alters- und Invaliditätsversicherung“ referierte Gen. Hueber und wird sodann bedanklos eine Resolution dahingehend einstimmig angenommen, nach der sich der Unionstag für die Durchführung einer lückenlosen Alters- und Invaliditätsversicherung für alle Arbeiter ausspricht. Gleichzeitig beschloß die Delegiertenversammlung:

„Die Unionsleitung wird beauftragt, mit unseren Abgeordneten in der nächsten Parlamentssession wegen Verkürzung der Arbeitszeit in der Porzellanindustrie in Fühlung zu treten.“

Zur „Arbeitsvermittlung“ wurden folgende Anträge angenommen:

„Unorganisierte können erst dann berücksichtigt werden, wenn keine Organisierten mehr vorgemerkt sind.“

Die Arbeitslosen in der Stadt haben sich alle drei Tage, die in der Provinz, alle acht Tage bei der Arbeitsvermittlung gegen Vorweis des Arbeitsbuches zu melden und sowohl ihren Abgang vom Orte als auch den Eintritt in die Arbeit bekanntzugeben.

Der neue Vorstand wird aufgefordert, überall zu trachten, daß die Arbeitsvermittlung von allen seinen Mitgliedern benützt werde.“

Die Neuwahlen wurden folgendermaßen geordnet:

Robert Preußler, Obmann; Franz Hill, Redakteur; Richard Reihner, Kassierer; Joh. Bagelt, Administrator. Vertrauensmänner für die Provinz: Franz Balme für Westböhmen, Anton Häckel für Nordböhmen, Franz Wandler für Nordwestböhmen.

Für Prag soll ein tschechischer Vertrauensmann im Einvernehmen mit den tschechischen Gruppen angestellt werden. Der Gehalt wird mit 80 Kr. monatlich bestimmt. Der Antrag, der Unionstag möge beschließen, dem Gewerkschaftssekretariat in Innsbruck eine kleine Subvention zum Ausbau der Organisation in Tirol und Vorarlberg zu bewilligen, wird dem Vorstand zugewiesen.

Für die Wahlen wird noch beschlossen:

„Der bisherige Unionsvorstand wird in seiner Funktion bis auf Weiteres belassen. Die spätere notwendige Neuwahl ist durch eine Urabstimmung vorzunehmen.“

Als Sitz der Union wird Wien bestimmt. Der nächste Unionstag soll in Prag stattfinden.

Nachdem damit die Tagesordnung erschöpft war, wurden die Verhandlungen vor Beruhigenden geschlossen. Wäge nunmehr, wo die wirtschaftliche Krise auf allen Gebieten doppelte Arbeit nötig macht, jede Einzelne mit neuem Fleiß an's Werk zu setzen, da

mit wir im Sinne der Beschlüsse zu arbeiten vermögen, zum Wohle der Gesamtheit!

Gegen die auf dem Unionstag beschlossene Beitragserhöhung scheinen die Berufsge nossen in Westböhmen sich aufzulehnen. Es hat in Altrolau eine Konferenz der Westböhmisches Gruppen stattgefunden, in der über die Sache diskutiert wurde und wobei anscheinend Propaganda für einen Austritt aus der Union und Wiederherstellung des Porzellanarbeiterverbandes, wie er früher in Böhmen bestand, plabiert worden ist. Es wurde aber ein Antrag angenommen, der eine Zersplitterung der Zentralorganisation verurteilt, ein weiterer Antrag fordert den Unionsvorstand auf, die vierte Beitragsstufe für die Porzellanarbeiter freizugeben (gelernte, ungelernete und jugendliche Hilfsarbeiter), da im Nichtbewilligungsfalle die Porzellanarbeiter zum weitaus größten Theile der Organisation verloren gehen werden. Ueber den Antrag soll eine Urabstimmung stattfinden.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Die Arbeitslosigkeit ist zur Zeit in Berlin eine sehr große. Im Gewerkschaftshause laßt man das gut beobachten, da diverse Arbeitslose von Gewerkschaften dort eingekerkert sind. Auf den Treppen muß man sich oft durch die Zu- und Abströmenden durchdrücken — Wie überall im Lande, so spinnen natürlich auch unsere hiesigen Kollegen, die hauptsächlich Galanterieartikel machen, zur Zeit keine Seide.

Diese Arbeitslosigkeit hindert aber natürlich unsere Herren Staatsmänner und Konangebenden sonstigen Herren nicht, immer weiter die Bezüge zu stimmen, die dem Volke vorspielt, daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise eine Nothwendigkeit sei. Nun, hoffentlich giebt jeder Arbeiter wenigstens seine Unterschrift zu der gegen die Wucherzölle verfaßten Petition, welche jetzt durch diesen Massenprotest doch dazu, den herrschenden Klassen eine andere Ansicht über die Beachtung der Interessen des Volkes beizubringen.

— Die Aufhebung des Generalstreiks der Maschinenarbeiter seitens des Vorstandes des Glasarbeiterverbandes heischt bei den „Fachgenossen“ als einen „unglückseligen“ Beschluß. Die Mitglieder hätten darüber zu entscheiden gehabt; das Gros der deutschen organisierten Arbeiterschaft würde nach der Ansicht des „Fachgenossen“ die Streikenden weiter unterstützt haben. Wir meinen, man sollte die Thatsache, daß der Streik beendet ist, hinnehmen, ohne Vorwürfe nach allen Seiten zu richten.

Man hätte sich besser vor Eintreten in den Streik vergewissern sollen, ob zur Zeit die deutschen Gewerkschaften in der Lage waren, die genügende Unterstützung von ca. 4000 Streikenden nebst Familien aufbringen zu können. Wäre eine Befragung vorgenommen worden, so wäre der Streik sicher nicht beschlossen worden, erklärten sich doch auch auf der Generalversammlung der Glasarbeiter in Fürth einflußreiche Genossen dagegen.

Wenn auf dem internationalen Glasarbeiterkongress in Hannover die hunderttausend Klärungen der Engländer, die event. ihren über 1 Million Mark enthaltenden Kriegsfond für die deutschen Glasarbeiter opfern wollten, Begeisterung erwecke, so wird diese Angelegenheit des Umhandes, daß in der letzten Sitzung des Kassiers Pawann kein Bismarck von den Engländern verzeichnet steht, verfloßen sein.

In einer Berliner Versammlung führte der Vorsteher des Glasarbeiterverbandes aus, daß der Artikel in der „Solidarität-Zeitung“ die Streikenden nicht unvorsätzlich gemacht habe, daß aber ihren Kredit bei den De-

werthhaften geschädigt habe. Sollte die „Holzarbeiter-Zeitung“ etwa auch eine englische Ausgabe von ihrer Nummer 26 veranlassen haben?

Den Streikenden selbst, ganz besonders aber auch den während des Streiks in Arbeit gebliebenen Glasarbeitern ist bezüglich ihres Opfermuthes nur das Beste nachzusagen. — Die Unternehmer wollen anscheinend ihren „Sieg“ ordentlich ausnutzen. Der Streik hinterläßt viele Opfer auf der Strecke, die nun noch zu unterstützen, wird Pflicht der deutschen Arbeiter sein, und die Porzellanarbeiter werden sich davon sicher nicht ausschließen, so weit es ihre augenblicklich ungünstigen Arbeitsverhältnisse gestatten.

Neben den durch Mitglieder-Abstimmung den Streikenden noch bewilligten 2000 M. aus der Verbandskasse finden wir in der Quittung des Kass. G. Hamann, Berlin SO., Kaufstr. 261, folgende Beträge: Gewerkschaftskartell der Töpfer und Porzellanarbeiter in Freital 55,30 M. Porzellanarbeiter in Bayreuth 5,45 M.

— **Unschönlichkeiten eines Verbandsbeamten.** Der Verband der Steinseger besitzt einen Vorsitzenden (Knoll), der den Verband auf seine jetzige Höhe gebracht hat. Derselbe war letzthin gezwungen, zu erklären, daß er seine Funktion niederlegen müsse. Den Grund hierzu bilden eine Reihe verwerflicher Machinationen, die ein Vorstandsmitglied (Albin Koch) gegen Knoll sowohl als auch gegen die Familie desselben ausgeübt hat. Der feindliche Koch soll Anarchist sein, wollte Knoll aus seinem Amt verdrängen, versuchte die Geschäftsführung Knolls zu verächtigen und als ihm dies nicht gelungen, hat er ihn „durch einen bösen gemeinen Vertrauensbruch“ in seiner Eigenschaft als Gatte und Vater verlegt, um ihn dadurch von seinem Posten zu verdrängen. Es hat ein Schiedsgericht getagt, welches alle Anschuldigungen gegen Knoll entkräftete, und den Koch vom Verbands ausschloß. Da damit der Konflikt erledigt ist, sieht dahin.

— **Zur Agitation unter den Konfektionsarbeitern.** Die geringen Erfolge, welche die bisherige Agitation des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands unter der Konfektionsarbeiterschaft zu erzielen vermochte, sind zu einem nicht geringen Theil dem Umstande geschuldet, daß es dem Verbands bisher nicht gelang, mit den in der eigentlichen Heimarbeit beschäftigten Arbeitern, Frauen und Mädchen in Fühlung zu kommen und sie ihrer Interesslosigkeit zu entreißen. Dies ist um so bedauerlicher, als zweifellos der größte Theil dieser Heimarbeiterinnen Frauen, Töchter oder Anverwandte, sowie Einlogierertinnen von Arbeitern, darunter auch organisierten Arbeitern, sind, die zwar für sich selbst den Werth der Gewerkschaftszugehörigkeit erkannt haben, die es aber ruhig dulden, daß ihre erwachsenen Angehörigen unorganisiert bleiben, ihre Arbeitskraft zu jedem beliebigen Preise verkaufen und sie bis in die tiefe Nacht hinein bei schlecht bezahlten Aufträgen aufreizen. Würde dieser Theil der Arbeiter es für seine Pflicht halten, auch ihre erwerbsfähigen Angehörigen der Organisation zuzuführen, so wäre die Heimarbeiterorganisation längst über die farglichen Anfänge hinausgekommen.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands (Stg Stuttgart) veranstaltet, entsprechend den Beschlüssen seiner Heimarbeiterskonferenz vom 9. Juli d. J. demnächst eine erweiterte Agitation unter den Konfektionsarbeiterinnen, bestehend in Versammlungen, Hausagitation, Massenverbreitung des „Konfektionsarbeiter“ und Propaganda für eine Denkschrift an den Bundesrath zwecks Unter-

breitung der Forderungen der Konfektionsarbeiter an die Gesetzgebung.

Wiewohl wir es für selbstverständlich halten, daß diese Agitation seitens der Gewerkschaftskartelle, Agitationskommissionen und Arbeitersekretariate nach bester Möglichkeit unterstützt wird, so wollen wir doch nicht unterlassen, diese Körperschaften mit besonderem Hinweis auf den Aufsatz in dieser Nummer des „Corr.-Bl.“ nochmals auf diese dringende Pflicht aufmerksam zu machen. Es wird u. E. zweckdienlich sein, sich nicht auf die Veranstaltung von Konfektions- und Heimarbeiterversammlungen zu beschränken, sondern zunächst die Mißstände der Heimarbeit und die Nothwendigkeit der Organisation der Heimarbeiter in den Kartellversammlungen zu erörtern und die Berufsdelegierten zu verpflichten, entsprechende Belehrungen auch in ihren Berufsversammlungen zu ertheilen, damit wenigstens die organisierten Arbeiter an ihre Pflicht, die gewerblich thätigen Angehörigen der Organisation ihres Berufs zuzuführen, erinnert werden.

Es empfiehlt sich ferner, in den einzelnen Berufen durch Umfrage, sei es in Versammlungen oder bei der Beitragserhebung und Zeitungszustellung, festzustellen, wessen Angehörige in der Kleider- und Wäschekonfektion thätig sind und für welches Geschäft, sei es zu Hause oder in einer Werkstatt, dieselben arbeiten — endlich, wer Heim- oder Werkstatt-Arbeiter oder Arbeiterinnen der Kleider- und Wäschebranchen als Einmieter beherbergt. Solche Erhebungen werden die Hausagitation wesentlich erleichtern und erfolgreich gestalten. Von allen Schritten und Erfolgen sind die örtlichen Bevollmächtigten des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen in Kenntniß zu setzen; dort aber, wo Filialen dieses Verbandes nicht vorhanden sind, ist dem Verbandsvorstande Mittheilung zu machen. Wir hoffen, daß die Gewerkschaftskartelle und Agitationsleiter nach bestem Können ihre Pflicht thun.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Versammlungsberichte etc.

Coburg. Bei Bornahme der Abstimmung wurde nach längerer Diskussion folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Versammlung spricht sich entschieden gegen die Verkürzung der nach langjähriger Mitgliedschaft erworbenen Rechte aus, und sollte man nun an anderer Stelle besser wirtschaften (natürlich nicht mit Verkürzung der Prämien oder Erhöhung der Beiträge), da Beides bei der allgemeinen Geschäftskrise nicht angängig ist. Sollten dem Verband durch die arbeitslosen-Unterstützung größere Ausgaben erwachsen sein, die sich auf Prämien beziehen, so ist das ein Beweis, daß dem Unternehmertum die älteren Arbeiter schon längst als Altersflüssiges und unbeherrliches Müßel gelten. Ferner: Wollte man bei Streiks ebenfalls den Zuschuß abschaffen, so wäre derselbe schon von vornherein verloren. Zum Beweise soll nur Coburg angeführt werden. Es ist hier ein Ciann von ca. 48 Mitgliedern, die größtentheils über 15 Jahre treu zur Sache halten und dem Verband angehören und dieselben sollten bereits über die Hälfte Unterstützung beziehen (? D. Red.), wo sollten dieselben mit ihren Familien hinkommen? Also wäre, wie oben erwähnt, keine gute Aussicht vorhanden, das alles wird in den meisten Fällen der Fall sein.“

Ebenfalls halten es die Mitglieder für unumgänglich bei der allgemein anerkannten Geschäftskrise von den Verbandsbeamten größere Agitationsreisen machen zu lassen, denn dieselben haben erfahrungsgemäß nicht immer den gewünschten Erfolg, und verursachen dem Verband wiederum nur Kosten. Ferner ist es uns unbegreiflich, wie man auf der einen Seite die Mitglieder zu Hunderten streicht, und auf der anderen Seite wieder einzeln Mitglieder zu gewinnen sucht.

Desgleichen ist uns der 15 pCt.-Fond unentbehrlich, da wir hier am Orte immer und immer wieder zu unterstützen haben, ebenfalls werden die vom Verband unterstützten unterstützt und andere Sachen mehr, wo bliebe dann überhaupt für Bildungszwecke noch etwas übrig, wenn derselbe nicht bestehen bliebe?

Das Einzige, was uns sympathisch ist, ist die Verlängerung der Karenzzeit namentlich bei sich höher werdenden, denn bei dieser Gelegenheit findet man es klüger, daß ein großer Theil der mit halbjähriger Karenzzeit Versicherten, den Verband nur als milde Ausbeute betrachten.“

Dieser Resolution wird zugestimmt und die Veröffentlichung derselben in der „Ameise“ beschlossen.

Müßel. Die Zahlstellen-Versammlung vom 14. September erlebte nach Belesen des Protokolls der vorhergehenden Versammlung die Bezahlung der Beiträge sowie die Aufnahme eines Mitgliedes. Nr. 2. Punkt der Tages-Ordnung war die Mitgliederabstimmung über die Unterstützung von 2000 M. für die streikenden Flaschenmacher festgesetzt. Diese Unterstützung wurde dehhellos bewilligt, auch wurde hieranschließend beschlossen, die Glasarbeiter möglichst zu unterstützen. Beim 3. Punkt: Mitglieder-Abstimmungen kam es zu sehr lebhafter Debatte. Allseitig wurde das Verlangen des Vorstandes, daß die Mitglieder sich ihrer mühsam erworbenen Rechte berauben sollen, entschieden mißbilligt, indem doch gerade nach einem Jahr Extrakter der Verband unmöglich so geschwächt sein kann, daß man gleich wieder den Mitgliedern solche Opfer zumuthet. Das vorjährige Defizit wurde doch nicht durch die 5- und 10-jährigen Prämien verursacht, sondern einestheils durch die Feiernunterstützung, die der Hauptvorstand unthätig geschehen ließ, sowie durch die Kadau-Generalsversammlung. Durch diese zwei bedeutenden Ausgaben ist das Defizit entstanden, nicht aber durch Streikzuschuß und Prämien. Dieser Streikzuschuß und diese Prämien sind doch erst geschaffen worden, nachdem die Rudolstädter General-Versammlung die Wochenbeiträge um 5 Pfg. erhöht hatte. Nimmt man daher den Mitgliedern ihre Rechte, so ist es auch logisch, daß man ihre Pflichten nimmt. Im Uebrigen ist ja die nächste General-Versammlung lozuzugan vor der Thür, diese soll dann feststellen, ob die „Sanierung“ der Kasse ein so dringendes Bedürfnis ist. Und bis dahin wird ja wohl unser Verband, der in pekuniärer Beziehung prozentual mit am glücklichsten von allen deutschen Gewerkschaften steht, nicht zusammenbrechen. Demgemäß fiel auch die Abstimmung aus. Frage 2 einstimmig bejaht, alle anderen verneint. Weiter kam die Gedenschrift Wollmanns über den Kampf ums Vermögen zur Debatte. Hierbei wurde das Verhalten eines Theils der Oberhausener Kollegen insbesondere aber die „Thätigkeit“ des Herrn Reinhold Kleinwächter scharf kritisiert. Die Zahlstelle sagte einstimmig den Beschluß, beim Hauptvorstand zu beantragen, Herrn Reinhold Kleinwächter, sowie jene Kollegen in Oberhausen, die jetzt noch sein Vorgehen billigen, nach § 5, Absatz 3 aus dem Verbands auszuschließen. Gründe: Die Gedenschrift Wollmanns hat, ohne bisher widerlegt worden zu sein, Kleinwächter und Genossen in einer derartigen Beleuchtung gezeigt, daß jedem Unparteiischen sich die Ueberzeugung aufdrängt, Kleinwächter ist weder aus Ueberzeugung noch aus Sympathie beim Verbands, sondern nur, um der Organisation beziehungsweise deren Leitung Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Wenn man bedenkt, daß jetzt eine ganze Anzahl Mitglieder wegen Festen gestrichen worden sind, deren Beiträge doch immer nur wenige Mark sind, so muß gegen ein Mitglied, das auf ganz disziplinwidrige Weise dem Verband bei seinem Kampfe um das Gesamtvermögen mit einer strupellosen Axt in den Rücken fällt und damit das ganze Vermögen aufs Spiel setzt, demgemäß Hunderte von Mitgliedern dem Hunger und Elend überliefern konnte, unanschaulich eingeschritten werden. Kleinwächter wurde auf der Rudolstädter Generalversammlung zum Delegierten des Verbandes für den nächsten Gewerkschaftskongress gewählt, es ist daher notwendig, daß da eine Remedur eintritt, denn nach den letzten Erfahrungen ist nicht abzusehen, womit er dort die Organisation klammern würde. Nachdem noch der Kartelldelegierte über die letzte Kartellstiftung berichtet hatte und nachdem der Agitationsvertrauensmann bekannt gegeben hatte, daß er mit dem Hauptvorstande betreffs einer Agitations-Versammlung für die Orte Koffen, Geringswalde und Müßel in Verbindung steht, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Frankfurt-Oberbach. Die letzte Zahlstellen-Versammlung kommt nach eingehender Diskussion über das aus der Veröffentlichung des Vorsitzenden Wollmanns hervorgehende Verhalten der Zahlstelle Oberhausen, insbesondere des Kollegen Kleinwächter, zu der Meinung, daß das Verhalten des Besten vollständig zu verurtheilen ist. Die Versammlung spricht dem Herrn Kleinwächter die Fähigkeit ab, weiter innerhalb der Organisation eine verantwortliche Stellung zu bekleiden.

Gotha. Bevor in die Tages-Ordnung eingetreten wird, geht der Vorsitzende bekannt, daß der Schriftführer geschäftlich verhindert ist, der Versammlung beizuwohnen. Es wird für den Abend ein Stellvertreter gewählt und fällt die Wahl auf den Gen. Fehrenbacher. Punkt 1: „Gewerkschaftliches“, erstattet Genosse Amling Bericht. Daraus ist zu entnehmen, daß die Beiträge für das Arbeitersekretariat vom 1. September zu zahlen sind. Für die Glas- und Tabakarbeiter sind Sammellisten ausgegeben und sind bereits 100 M. an die Glas- und 30 M. an die Tabakarbeiter abgeschickt. Ferner wird auf die Tabakgenossenschaft der Nordhäuser Tabakarbeiter hingewiesen, die ihren Verband am 15. Septbr. beginnt, es wurde vom hiesigen Kartell eine stützende Kommission eingesetzt, die versuchen soll, der Tabakgenossenschaft Hundert von den hiesigen Kartellmitgliedern zuzuwenden. Von einer Besichtigung des Gewerkegerichts Weiskirchen am 14. Septbr. wurde abgesehen, da Kosten zu hoch sind und ein Besuch an den hiesigen

Stadtrath um Gewährung der Mittel aus der Stadtkasse erfolglos erscheint.

Am 13. Oktober findet eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Bod über das Thema „Die immer weiter um sich greifende Arbeitslosigkeit und wie ist dem entgegen zu treten“ referieren wird, um eventuell an den hiesigen Stadtrath das Ersuchen zu richten, mit dem Bau des Stauweihers zu beginnen. Die Porzellanarbeiter werden ersucht, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Weiter soll der Vorstand, des Kartells die Gründung eines Arbeiter-Vertretervereins in die Wege leiten. Es war von der bürgerlichen Vertretung des städtischen Arbeitsnachweises Beschwerde geführt worden, daß der Arbeitsnachweis nicht genügend in Anspruch genommen wird; die Gewerkschaften werden aufgefordert, ihre durchreisenden Kollegen zu veranlassen, sich beim Arbeitsnachweis zu melden.

Punkt 2: Mitgliederabstimmung. Die 2000 Mark an die Glasarbeiter ergibt 68 Stimmen dafür und eine Stimme dagegen.

Punkt 3: Rückvergütung der geleisteten Extrabeiträge. Nachdem diese Frage schon von verschiedenen Zahlstellen angeregt wurde, hielt es die Verwaltung für nötig, die Meinung der Mitglieder darüber zu hören. Nach einer längeren Debatte beschließt die Versammlung über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen und kann die hiesige Zahlstelle überhaupt nicht verstehen, wie es noch Zahlstellen geben kann, die etwas derartiges beantragen, da doch schon genügend darauf hingewiesen wurde, daß unsere Kasse eine Stärkung sehr gut vertragen kann.

Punkt 4: Wahl eines Revisors. Da der bisherige Revisor, Kollege Wehmann, anderwärts in Arbeit getreten ist, macht sich eine Neuwahl nötig und wird Kollege Albin Grimm gewählt.

Punkt 5: Mitglieder-Abstimmung zur Sanierung unserer Kasse. Frage 1: 69 Stimmen mit nein, 1 mit ja. Frage 2: 68 mit nein, 2 mit ja. Frage 3: 64 mit nein, 7 mit ja. Frage 4: 65 mit nein, 5 mit ja, 1 enthalten. Frage 5: 65 mit nein, 5 mit ja, 1 enthalten. Frage 6: 25 mit nein, 42 mit ja, 2 enthalten. Frage 7: 68 mit ja, 1 enthalten.

Nachdem die Mitgliederabstimmung vorüber, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse innerhalb des Porzellanarbeiter-Verbandes, hervorgerufen zum größten Teil durch die diesbezüglichen Beschlüsse der Generalversammlung vom Jahre 1899 zu Rudolstadt, ersucht die Zahlstellenversammlung zu Gotha vom 14. September an den oben erwähnten Beschlüssen festzuhalten und beschwört eine den Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Beiträge.“

Diese Resolution wurde noch durch folgenden Antrag, welcher einstimmig Annahme fand, erweitert:

„Die Zahlstelle Gotha beantragt eine Erhöhung der Beitragssufen um je 5 Pf. und ersucht alle Zahlstellen, sich unserem Antrag anzuschließen, um eine Mitglieder-Abstimmung herbeizuführen.“

Punkt 6: Stiftungsfest. Es wird beschlossen, dasselbe wieder so wie im vorigen Jahre abzuhalten. Die Vorbereitungen hat die Verwaltung unter Hinzuziehung einer fünfgliedrigen Kommission zu treffen.

Punkt 7: Anträge und Beschwerden. Unter diesen Punkt war der Antrag gestellt, das Versammlungslokal zu wechseln; dieses wird aber nach heftiger Debatte abgelehnt und die „Erholung“ weiter als Lokal benutzt.

Hierauf erfolgt die Verlesung der Mitgliederliste, welche die Anwesenheit von 74 Mitgliedern ergibt. Da die Zeit schon weit vorgeschritten ist, wird der Punkt „Verschiedenes“ von der Tagesordnung abgesetzt und erfolgt der Schluß der Versammlung um 3/2 Uhr.

Amphiburg. In der Versammlung vom 14. 9., die von 26 Mitgliedern besucht war, wurde zunächst Bericht über die Differenzangelegenheit in Ludwigshafen gegeben. Es geht daraus hervor, daß ein entlassenes Mitglied wieder eingestellt wird, daß die Geschäftsleitung nichts gegen die Zugehörigkeit zur Organisation hat und wurde folgedessen beschlossen, die über genannte Fabrik verhängte Sperre aufzuheben. Bezüglich der Mitgliederabstimmung über Wegfall der in Rudolstadt beschlossenen Benefizien wurden die Fragen bis auf jene, die den 15 pSt. Fond auf 5 pSt. reduziert wissen will, abgelehnt. Es wurde sehr lebhaft gegen den Vorstand debattiert, der in solch schroffer Weise den Mitgliedern Rechte nehmen will. Den Glasarbeitern wurden die 2000 Mk. mit 23 gegen 2 und einer Stimmenthaltung bewilligt. Zu der Angelegenheit der Extrabeiträge und der Streichung jener Mitglieder, die solche nicht zahlen, wird nach eingehender Debatte eine Kommission gewählt, die die bereits in voriger Nummer der „Amelie“ veröffentlichte Resolution ausarbeiten soll. Bezüglich Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in hiesiger Fabrik wird Diverses zur Kenntnis gegeben. (Ist die achtstündige Arbeitszeit nun eingeführt? D. Red.) Von einem Mitgliede, das in Stadtlengsfeld gearbeitet hat, wird über die dortige Differenzangelegenheit berichtet und dem Vorstand vorgeworfen, daß er nicht rechtzeitig eingegriffen habe. Demnach soll eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung stattfinden und dazu ein geeignetes Lokal gesucht werden. Den in dieser Versammlung nicht anwesenden Mitgliedern wird hierdurch ans Herz gelegt, die künftigen Versammlungen zu be-

suchen, da dort der passendste Platz ist, etwaige Anliegen vorzubringen und die Interessen des Berufs zu vertreten zu können.

Oberhausen. Auf Beschluß der Versammlung vom 7. September war eine außerordentliche Versammlung zum 14. September einberufen, um zu dem Bericht des Verbandsvorsitzenden über den Kampf um das Vermögen Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschloß durch einen Artikel in der „Amelie“ den Ausschreibungen Wollmann entgegen zu treten, besonders denen, durch die das Vorgehen hiesiger Zahlstelle in dieser Angelegenheit theilweise unrichtig dargestellt wird und die Verdächtigungen der im Auftrage der Zahlstelle erfolgten Handlungen des Gen. Kleinwächter eine Überlegung und Rechtfertigung verlangen. Es ist schon in dem seiner Zeit zur Veröffentlichung an die „Amelie“ gelangten Schriftstück, welches sich in dem Reich der Verbandsverwaltung befindet, erwähnt, weshalb die Zahlstelle Stellung zu der Angelegenheit genommen hat. Auch waren die oft gefälligen Auslassungen in der Amelie, in Angelegenheit des Streitfalles Bey und des damit verflochtenen Schiedsgerichts, nach der Generalversammlung nicht dazu angehen, das Vertrauen zum Vorsitzenden zu stärken, trotzdem der Vorsitzende bei Schluß der vorjährigen Generalversammlung die Worte gebraucht hat: „Der Friede sei nun hier geschlossen, es hätten jetzt die Mitglieder dafür zu sorgen, daß auch draußen Friede werde“. Weil nun die Zahlstelle Oberhausen und als Sitz des Schiedsgerichts, durch das wiederholte Hervorgeren der abgethan sein sollenden Angelegenheit von der Friedfertigkeit der Bureaubeamten nicht überzeugt war und die Zahlstelle es aber auch nicht glauben wollte, wessen man Bey noch verdächtigte, so wurde, nachdem die Angelegenheit wiederholt in den Versammlungen zur Sprache gekommen war, beschlossen, sich an die Frau Bey um Aufklärung zu wenden, da es der Versammlung unangenehm erschien, daß die Erben des Anspruchs an das Verbandsvermögen erheben könnten. Es wurde hierzu, was ausdrücklich festgesetzt werden muß, der Genosse K. Kleinwächter von der Versammlung bestimmt und ist daher die Verdächtigung, als hätte sich dieser Genosse persönlich eingebracht oder aber die Familie Bey in ihren Ansprüchen an das Verbandsvermögen bestärken wollen, eine durch nichts zu rechtfertigende Verleumdung. Ein von Frau Bey erfülltes Gebahren der leitenden Bureaubeamten gegen den Sitz des Schiedsgerichts und dessen früheren Vorsitzenden ist in der Amelie wiederholt zum Ausdruck gekommen, neuerdings erst wieder bei der Besprechung des Reichstages Flugblattes.

Auch der Bericht des Vorsitzenden Wollmann zeigt zur Genüge, von welcher Feindschaft von jeder der Vorsitzende des Verbandes gegen das Schiedsgericht eingenommen war und ist, und ist daher erklärlich, wenn jede, auch nicht gerade passende Gelegenheit benutzt wurde, dem unangenehmen Schiedsgericht ein auszuweichen und bei den Mitgliedern in Mißkredit zu bringen. Um die eigene Schuld zu verdecken, sucht man die Aufmerksamkeit der Mitglieder abzulenken, und benutzte dazu in entstellter Weise das Vorgehen der Zahlstelle Oberhausen, vielleicht um Personen ungeschädlich machen zu wollen, welche verurtheilt wärent darzulegen, wer die Klage um das Verbandsvermögen verschuldet hat, ganz besonders zeigt der Bericht über die Versammlung in Oberhausen, wie der Berichterstatter bestrebt ist, das herauszunehmen, was zu keinem Zweck dienlich war. Es sei hier gleich gesagt, daß es die Ansicht der großen Mehrheit hiesiger Mitglieder ist, daß die Anwesenheit des Vorsitzenden Wollmann und sein Benehmen hieselbst nicht vorwiegend erweckend gewirkt, ja das Mißtrauen nur verstärkt hat, weil er die Mitglieder über die Lage, sowie Fragen der Angelegenheit nicht aufklärte und dadurch die Zahlstelle in dem Verlangen bestärkt wurde, sich an die Stelle selbst die Aufklärung zu verschaffen. Daß der Vorsitzende Wollmann hier keine Aufklärung geben wollte, ist wohl zu verstehen, wenn man liest, daß er selbst die anderen Vorstandsmitglieder im Unklaren gelassen hat. Welchen gerechtfertigten Grund die Klage nach Oberhausen haben sollte, ist heute noch nicht nachzuweisen. In dem Bericht gibt Wollmann als Grund an, um die Forderung der Frau Bey zu erklären, daß war aber die Forderung nicht nötig, denn es soll bis dahin nur ein einziger Brief nachgewiesen werden, nicht mitgeteilt wäre, daß die Zahlstelle Oberhausen die Briefe verweigert hätte.

War doch gerade deshalb eine außerordentliche Zahlstellenversammlung einberufen worden, die darüber beschließen sollte, weil der Ausschluß ohne Zustimmung der Mitglieder es nicht unternehmen konnte bezw. nicht durfte. Sicher ist, daß die Versammlung einen besseeren Verlauf und ein zufriedenstellendes Resultat gehabt hätte, wenn Wollmann nicht da gewesen wäre, durch das zugetrübt, die Mitglieder noch aufgeregter hätte. Wollmann schreibt in seinem Bericht, daß er ein kleines Mitglied aus dem Reich auf die Diskussion zu geben versuchte, um die Mitglieder zu beruhigen, daß er mithin, was ihm in den Aram am besten paßt, dem nur durch seine Gegenwart im Augenblicke die Mitglieder erregt hat. Statt daß der Verbandsvorsitzende bei Beginn der Versammlung das Wort verlangt hätte und sein Ziel, um zu erklären oder die Mitglieder zu beruhigen, sich zu erst eine Reihe Mitglieder zu Worte kommen, welche die

Verhalten des Vorstandes einer scharfen Kritik unterwerfen. Als an ihn die Aufforderung zum Sprechen dann erging, da war seine erste Zustimmung, daß er vom Vorstand einen Auftrag, und auszuführen, nicht habe, jedoch dann hätte ja was geschrieben (Es könnten die Mitglieder wegen dieses Briefes) hätte geschrieben, deshalb wurde ich bei passender Gelegenheit den Brief, den ich in der Oberhausen (sah), veröffentlichten. Ja, und daß er (Wollmann) ungeschickt sei bis an den Hals. Diese Worte waren besonders der Grund, daß die Versammlung dann so einen erregten Verlauf nahm. Daß der Vorstand nicht frei von Schuld sei und deshalb der Beschluß gefaßt wurde, durch Einsetzung eines Mitgliedes sich von der Sachlage zu überzeugen und auf die Familie Bey zur Vergabe der Urtheile einzuwirken.

Sind, wie schon erwähnt, die Mitglieder aus der Versammlung unzufrieden, so sind sie aber gerade doch auch angehen, den Mitgliedern ein solches Bild von dem Bestreben der Zahlstelle Oberhausen zu geben. So muß gerade die Ausführung, die das Mitglied G. hat hat: „die Korrespondenz mit Frau Wollmann ist überhaupt noch nicht verlesen worden“, bei den Mitgliedern den Glauben erwecken, als wenn selbst die Mitglieder der Zahlstelle D. keine Einsicht in die Korrespondenz gehabt hätten. Thatsache ist, daß die Briefe schon in den Versammlungen und Ausschüssen vorher zur Verlesung gelangt sind, das Wollmann mit es den Ansehen gewinnen, als wenn das Mitglied G. die Briefe überhaupt nicht habe zur Verlesung bringen wollen. Es ist aber selbst in dem Bericht zu lesen, daß ein Theil der Redner sich gegen die Vorlesung der Briefe ausgesprochen hatte, und deshalb das Mitglied G. keine Veranlassung hatte, die Briefe nochmals vorzulesen, so lange kein diesbezüglicher Schluß gefaßt war. Den Bericht, den das Mitglied gemacht haben soll, einen Theil der Briefe zu verschweigen, das betrifft die Stelle, in dem vom 23. 2. 1901 der Frau Bey, wo dieselbe schließt, wie es sich über Gen. Quere und Jordan geäußert hat, als nur aus Rücksicht, um keine Uneinigkeit unter dem Vorstande zu veranlassen auskommen zu lassen. Als einen weiteren Grund, daß W. nur das in seinem Bericht anführt, was ihm in seinen Aram paßt, gibt die Thatsache, daß er den Bericht des Beauftragten der Zahlstelle D., sowie den letzten Brief derselben an Frau Bey als bedeutungslos hinstellt und in seinem Bericht nicht aufgenommen hat, da dieses ja geeignet sein könnte, die Handlungsweise der Zahlstelle D. in einem weniger unangünstigen Lichte erscheinen zu lassen. Die Wetterrede oder Flugblattfabrik ist eben unangenehm und da muß ja alles benutzt werden, um sie niederzukämpfen, um daß die Klage, als habe die Zahlstelle D., sowie das Mitglied G. durch die Handlung der Familie Bey zur Erlangung unseres Verbandsvermögens behilflich zu sein, auch glaubhaft erscheint.

Die nächste Generalversammlung wird ja entscheiden, wer die Depositen-Ordnung nicht erfüllt hat, denn nur durch Nichterfüllung der Depositen-Ordnung ist der Kampf um das Verbandsvermögen entstanden, nicht aber, wie im Bericht des W. steht, eine Fortsetzung des Vorherrscheran, denn dieses hatte doch mit dem Kampf um das Verbandsvermögen nichts zu thun, ja, die vorjährigen Delegierten müssen das ja wissen, da Material und Personen zur Stelle waren.

Wiesbaden. Öffentliche Versammlung vom 21. September. Zur Tagesordnung steht als Hauptpunkt die Mitglieder-Abstimmung über die vom Vorstand gestellten Fragen. Sämmtliche Redner sind der Meinung, daß es grundsätzlich wäre, sämmtliche mit Mühe und Fleiß aufgearbeiteten Meinungen so kurzer Hand wieder aufzuheben, sondern diese ganze Angelegenheit an die nächste Generalversammlung zu verweisen und bis dahin eine kleine Beitragserhöhung einzuführen. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergibt folgendes: Sämmtliche Fragen außer der zweiten werden einstimmig abgelehnt, und folgender Antrag an den Hauptvorstand gestellt: „Zum 1. Oktober 1901 bis zur nächsten General-Versammlung eine Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Person und Woche festzusetzen“. Gleich denke die Zahlstellen werden ersucht, vorstehenden Antrag ebenfalls zu stellen, um sobald wie möglich eine Mitgliederabstimmung herbeizuführen. Hierauf wird noch folgende Resolution eingebracht und angenommen: „Der von einigen Zahlstellen geäußerte Wunsch, die geleisteten Extrabeiträge als ordentliche anzurechnen, ist unseren jetzigen Verhältnissen entsprechend als unangebracht zu bezeichnen und wird einstimmig verworfen.“

Sterbetafel.

Altwaasser. Josef Reber, Drucker, geboren 25. März 1845 zu Riedensfeld, gestorben 15. September 1901 an Lungenerweiterung. Letzte Ruhestätte: 4. Boden. Der Verstorbenen gebürtig seit 1874 der hiesigen Zahlstelle an.
Walden. Wolfgang Günther, Oberbinder, geb. am 17. September 1851 in Langenau bei G.H. gest. am 28. September in Langenau. Letzte Ruhestätte: 17. Boden.
Herrn Ehrenruhm.

Briefkasten.

Oftendach. Das nächste Mal aber bitte doch ein etwas passenderes Papiersformat zu Ihren Berichten zu benutzen. — Bened., Düsseldorf. Das Gesamtergebnis der Mitglieder-Abstimmung wird seitens des Vorstandes voraussichtlich veröffentlicht werden, dann kommt das Ihrige ja auch zurecht. — Wiasau. Mitgliedsnummer muß ich bei solchen Mitteilungen, die Lohndifferenzen betreffen, zum Mindesten haben.

Adressen-Nachtrag.

Königszell. Vorj.: Paul M a u p a c h, Hausbesitzer. Schriftf.: Karl S c h u l z, Zimmerer. Kass.: Karl S e e w a l d, Handelsmann. Weingarten. Schriftf.: Joh. K ü n z e l, Maler, Bruchsalerner. 525. Unterpörlitz. Vorj.: Edwin Jahn, Porzellan-former. Gotha. Revist.: Alb. G r i m m, Maler, Sedanstraße 16. Kasselstadt. Kass.: Sieke, Strumpfgasse 15. Frankfurt a. O. Kass.: Karl S e h m a n n, Eberstraße 20.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 3. Oktober, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mittelhalsleben. Sonntag, den 6. Oktober, Abends 6 Uhr im Vereinslokal bei Wiegert. Die Mitglieder werden ersucht, dem § 6 der Statuten nachzukommen. Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Erzberg. Sonntag, 6. Oktober, Nachmittags 1/2 Uhr im Vereinslokal. Raffren der Beiträge. Wahl eines Vorsitzenden, Schriftführers und Kassiers. Beschlüsse. Verschiedenes. Beiträge und Stundungsgesuche nimmt der Kassier laut Beschl. d. Verf. v. 8. August nur in den Versammlungen entgegen. Bayreuth. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Freyhörl. Berlin II. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr bei Wollschläger, Wobertstr. 21. Geschäftliches. Vortrag. Verschiedenes. Burggrub. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 6 Uhr in der Oberendlichen Bierwirtschaft. Charlottenburg. Sonnabend, 12. Oktober, Abends 8 Uhr bei Leder, Bismarckstr. 74. Vortrag des Gen. Vorredner. Goldh. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Restaurant Sedan. Quartalsabschluss. Döbeln. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr bei Hempel. Beitragszahlung. Elberwerda. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen. Frankfurt a. M.-Oftendach. Sonnabend, 12. Oktober, punkt 1/2 Uhr im neuen Gewerkschaftshaus, am Schwammbad. Gotha. Sonnabend, 12. Oktober, Abends 8 Uhr im Restaurant zur Erholung. Gräfenhain. Sonnabend, 12. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Gräfenhain. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im „Schloßhaus“. Alle über 6 Wochen restierenden Mitglieder werden unnochschuldig gestrichen. Grünstadt. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tages-Ordnung. Die Mitglieder werden ersucht, alle zu erscheinen und die Abkloßbücher mitzubringen. Hermisdorf. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Hattensteinach. Montag, 7. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal bei König. Kahl. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“. Kronach. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal. Langewiesen. Sonntag, 13. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr in der Centralhalle. Markt Redwitz. Sonnabend, 5. Oktober im Vereinslokal „Hotel Kaiserhof“. 1. Quartalsabschluss. 2. Aussprache über die Organisation. Referent Genosse Wollmann. 3. Diskussion. Margarethenhütte. Sonnabend, 5. Oktober im Vereinslokal zu Bremen. Meißn. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Thurmhause. München. Sonnabend, 5. Oktober im Restaurant „Zur Kluit“, Ecke Schiller- und Findlingstraße. Am 30. Oktober, Nachm. 3 Uhr wollen die Mitgl. im Vereinslokal einfinden, zwecks gemeinsamen Besuchs der Oktoberfestwiese. Oberhausen. Sonnabend, den 5. Oktober im Vereinslokal bei Richter. Orlitz. Montag, 7. Oktober, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Regensburg. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Schönwald. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Schwelm. Sonnabend, 5. Oktober im Vereinslokal bei Herrn Spilker, Ofenstraße. Spandau. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Suhl. Sonntag, 6. Oktober, Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Henne“ in der Goldlauter. Tiefenfurt. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Unterweißbach. Sonnabend, 12. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Unterpörlitz. Sonnabend, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Uhlstädt. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr bei Pfister. Quartalsabschluss. Verschiedenes. Weiswasser D. L. Sonnabend, 5. Oktober im Vereinslokal. Wilda. Sonnabend, 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im „Weißen Dirsch“. Die Wichtigkeit dieser Versammlung ist ja jedem Mitgliede zur Genüge bekannt.

Goldschmied

goldhaltige Dappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Oskar Rottmann, Stadtlm. Thür. la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Frauenth b. Werdau i. S.

Goldschmied

sowie alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A. Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen. Reelle und pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.



Walden. Montag, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr, findet in Dülls Restaurant, „Zentralwertstätte“, eine öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung

mit nachstehender Tages-Ordnung statt. 1. Die Krise im Wirtschaftsleben und in der Berufsorganisation. Referent: Wollmann-Rixdorf. 2. Diskussion. Es ist Pflicht der Berufsgenossen, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Hohenberg. Freitag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr bei Georg Seidel öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung.

Referent: Georg Wollmann-Rixdorf. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer.

Nürnberg. Freitag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr in der Restauration „Feldler“, Fabrikstraße

Allgemeine Porzellanarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Die Krise im Wirtschaftsleben und im Verbands“. Ref.: Gen. G. Wollmann-Rixdorf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Volljähriges Erscheinen notwendig. Der Einberufer.

Hirschau. Dienstag, den 8. Oktober findet im Vereinslokal eine öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung

statt. Tages-Ordnung: „Die Krise im Wirtschaftsleben und in der Organisation“. Referent: Gen. Wollmann. Der Einberufer.

Berlin. Montag, den 14. Oktober, Abends 8 Uhr in Rohns Festsaal, Reuthstr. 20 (kleiner Saal) öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht des Delegierten von der Gewerkschaftskommission. Bericht der Lohnkommission. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Einberufer.

Regensburg. Mittwoch, 9. Oktober, Abends 8 Uhr findet in der ehemaligen Rinner-Brauerei

Öffentliche Zahlstellen-Versammlung

statt. Tages-Ordnung: 1. Die Krise im Wirtschaftsleben und in der Organisation. Referent: Genosse Wollmann-Rixdorf. 2. Diskussion. Es ist Pflicht eines jeden Berufsgenossen, die Versammlung zahlreich zu besuchen. Der Einberufer.

Mitterteich. Sonntag, den 6. Oktober findet im Vereinslokal „Bayr. Hof“ eine

Öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung

statt. Tages-Ordnung: „Die Notwendigkeit der Berufsorganisation“. Referent: Georg Wollmann-Rixdorf. Diskussion.

Sonntag, den 13. Oktober findet im Vereinslokal „Bayr. Hof“ unter

1. Stiftungs-Fest

statt. Beginn Nachmittags 2 Uhr. Konzert, Festrade, gehalten vom Gen. Laumann, sowie Vorträge ersten und höheren Inhalts. Abends Ball. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen werden hierzu freundlichst eingeladen.

Düsseldorf. Sonnabend, den 12. Oktober v. J. feiert die hiesige Zahlstelle ihr diesjähriges

Stiftungs-Fest

im Gewerkschaftshause, Bergerstraße 8, bestehend in Konzert, theatralischen Vorträgen und geschlossenem Tanzkränzchen. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen Oberhausen, Eberfeld, Schwelm und Ehrenfeld werden hierzu freundlichst eingeladen. Die Fest-Kommission.

Grünstadt. Sonntag, 6. Oktober feiert die hiesige Zahlstelle im Saale des Herrn Breitwieser ihr

Stiftungs-Fest

verbunden mit Familienkränzchen, wozu die Genossen vom Neuleiningen hiermit herzlich eingeladen werden. Anfang 8 1/2 Uhr Abends. Die Verwaltung.

Pforzheim. Sonntag, den 13. Oktober

Ausflug nach Elmendingen.

Die Mitglieder werden ersucht, sich mit ihren Angehörigen recht zahlreich zu beteiligen. Zusammenkunft 1/2 Uhr im „Krokolit“ in der Westlichen Karl-Friedrichstraße. Abmarsch punkt 1 Uhr. Die Verwaltung.

Waldenburg. Die hiesige Zahlstelle veranstaltet Sonnabend, den 12. Oktober v. J. im Saale der hiesigen

Verbandskränzchen

wozu die Genossen der umliegenden Zahlstellen mit ihren werthen Damen hiermit eingeladen werden. Die Verwaltung. A. B.: Fr. Gierbeck.

Plaus. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß ich dies in meiner Wohnung, Hauptstr. 5, Unterführung von 12-1 und 6-7 Uhr abh.

Arbeitsmarkt.

Suche einen

Malers

gibt in Schrift, Hand und Farbe (Verbandsmitgl.) Friedrich Wallisch Dortmund, Hauptstr. 176.

Ein junger, solider Maler

der in kleinen feinen Apparatgruppen und Ziffern gelernt und gearbeitet (nur Delmaler), sucht sofort Stellung. Offerten unter L. B. 1846 an die Red. b. W.

Junger Maler

ledig, meliert in Schrift, Hand und Staffage gut geübt, sucht baldigst dauernde und angenehme Stellung. Offerten unter L. B. 1846 an die Red. b. W. zu richten.